

BfT Newsletter 2026-09 Juli 2026 Anhang - Nachdenkseiten pre0726 (Auswahl)

S.1 Schlagwort: Musk, Elon und weitere Beiträge, jeweils Abstract

S.3: Social-Media-Verbot für Kinder? Falsch – es geht um eine Identifikationspflicht für alle

S.5: Der Kampf um Ressourcen dürfte erst am Anfang stehen (ebenfalls ganzer Artikel)

Schlagwort: Musk, Elon <https://www.nachdenkseiten.de/?tag=musk-elon>

23. Juni 2026 um 10:28

[Elon Musk ist nun Billionär – auch dank Ihnen!](#)

Durch den Börsengang seines Unternehmens SpaceX ist Elon Musk nun der erste Billionär der Menschheitsgeschichte. Das ist erstaunlich, wenn man sich die Zahlen dieses Unternehmens, das keine relevanten Umsätze macht und Verluste schreibt, einmal näher anschaut. Laut Bewertung soll SpaceX so viel wert sein wie alle 40 deutschen Dax-Unternehmen zusammen; oder auch dreimal so viel wie Coca-Cola, Netflix und Disney zusammen. Wie kann das gehen, werden Sie sich fragen. Um das zu erklären, muss man etwas weiter ausholen. Spoiler: Wenn Sie private Altersvorsorge betreiben, ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass auch Ihr Geld schon bald in die Taschen des Billionärs und seiner Milliardärsfreunde fließt. Von **Jens Berger**.

Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.

[Weiterlesen](#)

18. Juni 2026 um 12:53

[ZDF, Schönbohm, Musk: „Die Anmoderation wurde aus rechtlichen Gründen gekürzt“](#)

Das ZDF stapelt aktuell schlechte Schlagzeilen in eigener Sache: eine juristische Niederlage im Fall Arne Schönbohm, eine Unterlassungserklärung gegenüber Elon Musk, eine Zustimmung des Senders zu US-Sanktionslisten. Das erinnert zusätzlich an die kürzlich besonders unseriöse USA-Berichterstattung des Senders, etwa zu Charlie Kirk oder ICE. Ist das ZDF ein hoffnungsloser Fall? Ein Kommentar von **Tobias Riegel**.

Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.

[Weiterlesen](#)

27. Mai 2026 um 9:04

[„Angst muss man nicht vor Maschinen haben, sondern vor den Menschen, die sie entwickeln und missbrauchen.“](#)

Der Papst warnt in seiner ersten Enzyklika vor existenziellen Risiken der Künstlichen Intelligenz für Individuen und Völker. In den Händen von Monopolen drohen „Entmenschlichung“ und „Kolonialismus“. Richtig und wichtig findet **Ralf Lankau** den Vorstoß und hofft auf neue Impulse in der Diskussion. Im Interview mit den *NachDenkSeiten* zeichnet der Pädagoge, Medienwissenschaftler und Buchautor ein düsteres Bild der Zukunft für den Fall, dass man Elon Musk, Peter Thiel und andere Techmogule weiter gewähren lässt. Zugleich ist er sicher: Widerstand ist möglich! Mit ihm sprach **Ralf Wurzbacher**.

Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.

[Weiterlesen](#)

17. April 2026 um 9:12

Tech-Konzerne: Das System über dem System

Viele Wissenschaftler kritisieren den wachsenden Einfluss einer neuen privaten Macht-„Elite“ im Technologiebereich: Mit ihren digitalen Plattformen verdrängen sie klassische Marktstrukturen und ersetzen sie durch kontrollierte Zugänge. Von **Günther Burbach**.

Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.

[Weiterlesen](#)

13. November 2025 um 9:00

Mein Gott, Elon! Wie Tech-Milliardäre den neuen Menschen er- und den alten abschaffen wollen

Der Tesla-Chef greift nach seiner ersten Billion und nach den Sternen. Er will die Menschheit auf den rechten Weg führen, auf dass sie in vielleicht Millionen Jahren in vielleicht Milliarden Galaxien Fuß fassen mag. Hört sich wahnsinnig an, ist genau das, aber der bittere Ernst einer Kaste von Superreichen aus dem Silicon Valley. Ihr Heiland ist die Technik und ihre Spielwiese die Erde. Die ist etlichen Bedrohungen ausgesetzt – Musk und Co. sind die vielleicht schlimmste. Von **Ralf Wurzbacher**.

Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.

[Weiterlesen](#)

07. März 2025 um 9:00

Kapitulation vor der Realität: Hessischer Rundfunk verlässt die Plattform X

Demokratie lebt vom Aufeinandertreffen unterschiedlicher Standpunkte. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk, der eine Säule im demokratischen Gebilde sein soll, hat mit der „Sicht der Anderen“ große Probleme. Das weiß jeder, der sich das Programm von *ARD* und *ZDF* antut. Nun macht der *Hessische Rundfunk* [seinen Kanal auf der Plattform X dicht](#). Warum? Weil die Rundfunkanstalt vor der Realität kapituliert. Ein Kommentar von **Marcus Klöckner**.

Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.

[Weiterlesen](#)

03. März 2025 um 11:22

Festnahme des aussichtsreichsten Präsidentschaftskandidaten in Rumänien: Das soll Demokratie sein?

Rumänien ist zu einem Schauplatz geworden, auf dem sich die Spannungen zwischen den „souveränistischen“ und „globalistisch-liberalen“ Lagern entladen. Nach dem Sieg des von EU und NATO ungewünschten Kandidaten Calin Georgescu wurde zunächst die erste Runde der Wahlen aufgrund eines eher vagen Verdachts der Geheimdienste annulliert und dann dieser Tage Georgescu verhaftet. Ein Beitrag von **Gábor Stier**, aus dem Ungarischen übersetzt von **Éva Péli**.

Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.

[Weiterlesen](#)

12. Februar 2025 um 10:00

[USAID-Schließung – wer organisiert künftig den Informationskrieg des Westens?](#)

Wer sich bereits ein wenig mit der [hybriden Kriegsführung der USA](#) beschäftigt hat, musste sich in der letzten Woche sicher verduzt die Augen reiben. Die erste Behörde, die dem Rotstift der von US-Präsident Trump eingesetzten und von Milliardär Elon Musk geleiteten Abteilung für Regierungseffizienz (DOGE) zum Opfer gefallen ist, ist ausgerechnet die vermeintliche US-„Entwicklungshilfebehörde“ USAID. Deutsche Medien kritisierten sogleich, dass Trump und Musk die [„Entwicklungshilfe demontierten“](#) – gerade so, als sei USAID eine Art großes „Brot für die Welt“. Doch das ist falsch. Natürlich betreibt USAID auch klassische Entwicklungshilfe. Die für die US-Regierung viel wichtigere Aufgabe von USAID ist jedoch die, US-Propaganda zu verbreiten und andere Staaten auf US-Linie zu bringen. Dies lässt sich insbesondere in der Ukraine beobachten, wo neun von zehn Medienunternehmen maßgeblich von USAID finanziert wurden. Nun hofft man dort, dass die EU die Lücke schließt, die Trump und Musk aufgerissen haben. Von **Jens Berger**.

Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.

<https://www.nachdenkseiten.de/?p=152897> Social-Media-Verbot für Kinder? Falsch – es geht um eine Identifikationspflicht für alle
26. Juni 2026 um 10:30 Ein Artikel von: [Jens Berger](#)

„Soziale Medien“ sollen in Deutschland für Kinder unzugänglich sein – das ist die [Empfehlung einer Expertenkommission](#) für das Bundesfamilienministerium, die die Bundesregierung nun weiterverfolgen will. Über die Pros und Kontras eines Social-Media-Verbots für Kinder wurde viel diskutiert. Außer Acht wird dabei jedoch meist die Frage gelassen, wie ein solches Verbot umgesetzt werden soll. Eins ist klar – wer Kinder oder Jugendliche aussperren will, muss erst einmal herausfinden, wer überhaupt vor dem Bildschirm sitzt. Das heißt: Alle Nutzer müssen sich, in welcher Form auch immer, identifizieren. Kommt über den Umweg des Kinderschutzes nun das Ende der Anonymität im Internet? Von **Jens Berger**.

Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.

Podcast: [Play in new window](#) | [Download](#)

Als Australien vor gut einem halben Jahr ein Social-Media-Verbot für Kinder unter 16 Jahren einführte, wurde dies auch in Deutschland von den meisten Kommentatoren begrüßt. Heute ist der Jubel verstummt. Das australische Modell gilt laut einer [aktuellen Studie](#) als gescheitert. In Australien werden die Anbieter selbst verpflichtet, Vorkehrungen zu treffen, um Unter-16-Jährige zu identifizieren und auszuschließen. Diese Vorkehrungen – so sie denn überhaupt umgesetzt wurden – lassen sich jedoch anscheinend spielend leicht umgehen. Der Kollateralschaden ist groß, da Anbieter wie *Meta*, *TikTok* oder *Google* nun auch – je nach Prüfungsmethode – im Besitz von persönlichen Daten aller australischen Nutzer sind, die belegen konnten, dass sie älter als 16 Jahre sind.

Die Frage, wer das Alter der Nutzer mit welcher Methode feststellt, ist alles andere als profan. In Australien ist den Anbietern die Prüfung über eine Verifikation über einen Ausweis aus datenschutzrechtlichen Gründen untersagt. Das kommt den Konzernen sogar sehr gelegen, da



sie diese Aufgabe so kostensparend an die künstliche Intelligenz auslagern können. Bei *TikTok* erfolgt die Verifikation beispielweise über einen Gesichtsscheck. Der Nutzer wird aufgefordert, die Kamera seines Smartphones oder Computers zu aktivieren und der Algorithmus soll dann erkennen, wie alt der Nutzer ist. Das ist natürlich aus der Datenschutzperspektive ein Albtraum, lassen sich so von den Datenkraken doch die ohnehin bereits umfassenden personenbezogenen Profile auch noch mit den biometrischen Daten der Gesichtserkennung kombinieren.

Hinzu kommt, dass diese Methode nicht einmal im Sinne des Gesetzes funktioniert. Bereits wenige Stunden nach Inkrafttreten der neuen Regeln kursierten in Australien zahlreiche Anleitungen, wie man den Check austricksen kann – einige Kinder malten sich einen Schnurrbart ins Gesicht, andere setzten eine Maske auf und sogar die Gesichter künstlicher Charaktere aus Computerspielen konnten den Algorithmus überwinden. Dafür sind zahlreiche – offenbar junggebliebene – Erwachsene an dem Check gescheitert und mussten mühevoll einen Einspruch gegen die Löschung ihres Nutzeraccounts einreichen. Ein Albtraum.

Vergleichsweise sicher, dafür aber datenschutzrechtlich noch problematischer, ist die Verifikation über offizielle Ausweisdokumente, wie man sie in Deutschland z.B. bei Onlinebanken oder Wettanbietern bereits kennt. Datenkraken aus den USA die Möglichkeit zu geben, die Ausweisdaten aller Nutzer abzufischen, sollte eigentlich indiskutabel sein. Zumindest in der EU will man da auch einen anderen Weg gehen und die Prüfung an einen externen Dienstleister auslagern. Das macht die Sache jedoch nur marginal besser. Der beste Datenschutz ist bekanntlich Datenvermeidung. Ein solcher Datenpool weckt Begehrlichkeiten. Sei es die Terrorabwehr, der Kampf gegen „russische Desinformation“ oder einfach nur eine so schwere Straftat wie das Bezeichnen eines Bundesministers als „Schwachkopf“ – wenn es diese Daten gibt, werden sie auch von staatlichen Akteuren ge- oder besser missbraucht. Eine Begründung dafür lässt sich immer konstruieren. Wer etwas anderes glaubt, ist naiv – und hat ein schlechtes Gedächtnis.

Vorratsdatenspeicherung, Netzsperrern, der Bundestrojaner – stets wurde die Einschränkung von Freiheitsrechten im Internet mit hoch emotionalen Scheindebatten begründet. Wer würde schon offen sagen, dass er Kinderpornografie nicht bekämpfen will? Dass diese Gesetze in der Realität aber nicht nur gegen Kinderpornografie-Ringe, sondern beispielsweise auch gegen bayerische Rentner, die Robert Habeck verunglimpft haben, eingesetzt wurden, ist die dunkle, andere Seite der Medaille. Würde man die Deutschen heute fragen, ob jeder Nutzer „sozialer Medien“ per Gesetz seine Identität mit seinen Ausweisdokumenten verifizieren müssen sollte, würden sie dies höchstwahrscheinlich mit großer Mehrheit ablehnen. Wenn es jedoch darum geht, die lieben Kleinen vor den bösen Algorithmen von *TikTok*, *Instagram* und Co. zu schützen, wäre eine ebenso große Mehrheit ganz begeistert davon. So setzt man Gesetze um.

Dabei wäre es doch eigentlich recht einfach, das Grundproblem in den Griff zu bekommen. Warum verpflichtet die EU die Anbieter von Betriebssystemen von Smartphones und Computern nicht einfach, einen „Jugendschutzmodus“ einzurichten? In diesem Modus könnten Erziehungsberechtigte dann bestimmte Apps und Angebote nach eigenem Gutdünken für ihre Kinder blockieren oder auch freigeben. Jede Änderung könnte in diesem Modus nur von den Erziehungsberechtigten, nicht aber den Kindern selbst vorgenommen werden. Technisch wäre dies leicht zu bewerkstelligen, datenschutzrechtlich unbedenklich und nicht der Staat, sondern die Eltern würden entscheiden, was ihre Kinder online machen können und was nicht. Aber

wahrscheinlich wäre die Lösung zu einfach. Denn um den Schutz der Kinder geht es ja offensichtlich nicht.

Titelbild: Eugene_Photo/shutterstock.com

Mehr zum Beitrag:

[Leserbriefe zu „Social-Media-Verbot für Kinder? Falsch – es geht um eine Identifikationspflicht für alle“](#)

<https://www.nachdenkseiten.de/?p=152806> [Der Kampf um Ressourcen dürfte erst am Anfang stehen](#)

25. Juni 2026 um 9:00 Ein Artikel von [Karsten Montag](#)

Trotz Einigung zwischen den USA und dem Iran könnte die Erholung der Ölpreise und der Versorgungslage noch Monate dauern. Das zeigen Daten der US-Regierung. Bevorstehende Midterm-Wahlen in den USA waren höchstwahrscheinlich Auslöser für das Einlenken Donald Trumps bei den Verhandlungen mit der iranischen Regierung. Die Vereinigten Staaten könnten die Abhängigkeit Chinas von Energieimporten weiterhin nutzen, um im Ringen um die Vormachtstellung in der Welt Vorteile zu erzielen. Eine erneute Eskalation im Nahen Osten sowie die Kontrolle über südamerikanische Ölexporte scheinen vorprogrammiert. Von **Karsten Montag**.

Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.

Podcast: [Play in new window](#) | [Download](#)

Dieser Artikel liegt auch als [gestaltetes PDF](#) vor. Wenn Sie ihn ausdrucken oder weitergeben wollen, nutzen Sie bitte diese Möglichkeit. Weitere Artikel in dieser Form finden Sie [hier](#).

US-Präsident Donald Trump und der pakistanische Premierminister Shehbaz Sharif, der als Vermittler der Gespräche fungiert hat, haben in der Nacht von Sonntag auf Montag die Unterzeichnung eines Abkommens zwischen den USA und dem Iran [angekündigt](#). Das Abkommen wurde [am Donnerstag unterzeichnet](#). Während Sharif [auf X berichtete](#), dass beide Seiten die „sofortige und dauerhafte Einstellung der Kampfhandlungen“ an allen Fronten, einschließlich im Libanon, erklärt haben, [meldete Trump auf Truth Social](#) die sofortige und beiderseitige Aufhebung der Seeblockade der Straße von Hormus – ohne Erhebung einer Maut von iranischer Seite.

Die von der iranischen Nachrichtenagentur veröffentlichten [14 Punkte des Abkommens](#) zeigen nicht nur, dass die USA große Zugeständnisse gemacht und sogar Reparationszahlungen zugestimmt haben, sondern auch, wo zukünftige Bruchstellen liegen. So heißt es im ersten Punkt: „Ein dauerhaftes und sofortiges Ende des Krieges an allen Fronten, einschließlich im Libanon.“ Israel hat während der Verhandlungen mehrfach den Libanon angegriffen, zuletzt [kurz vor der Bekanntgabe](#) der Einigung auf ein Abkommen. Kurz danach hat der israelische Verteidigungsminister Israel Katz [angekündigt](#), dass sich die Armee seines Landes nicht aus den besetzten Gebieten im Libanon, Syrien und im Gazastreifen zurückziehen wird. Renommiertere geopolitische Analysten wie der US-Ökonom Jeffrey Sachs [gehen daher davon aus](#), dass die Einigung äußerst fragil ist.

In Punkt 5 ist festgelegt, dass die Wiederöffnung der Straße von Hormus innerhalb von 30 Tagen „nach iranischen Vorgaben“ erfolgen soll. Dies könnte der Behauptung Trumps widersprechen, dass die Seeblockade sofort und ohne Maut aufgehoben wird. Auch die Punkte 2 und 4, die Verpflichtung der USA zur Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des

Iran und zur Achtung der Souveränität der Islamischen Republik Iran sowie die Zusage der USA, ihre Truppen aus der Umgebung des Iran abzuziehen, bergen mögliche Bruchstellen. Die zentralen Fragen sind hier, wie weit die Umgebung des Iran reicht und was eine Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten bedeutet. Werden die USA ihre Militärbasen in Katar, Saudi-Arabien, Bahrain, Kuwait und in den Vereinigten Arabischen Emiraten aufgeben?

Hohe Ölpreise und Versorgungsknappheiten noch mehrere Monate möglich

Selbst wenn es zeitnah zu einer Öffnung der Straße von Hormus kommt, wird es wahrscheinlich noch Monate dauern, bis die weltweite Ölversorgung und der Ölpreis wieder das Vorkriegsniveau erreicht haben. Dies geht aus Zahlen und Prognosen der US-Behörde „U.S. Energy Information Administration“ (EIA) zur Produktion und zum Verbrauch flüssiger Treibstoffe sowie zum Ölpreis hervor. Zu flüssigen Treibstoffen zählen laut EIA neben Rohöl auch Erdgaskondensat, Erdgas-Anlagenflüssigkeiten, die unter anderem zu Butan und Propan (LPG) umgewandelt werden, sowie sonstige Verarbeitungsgewinne aus der Raffinerie.

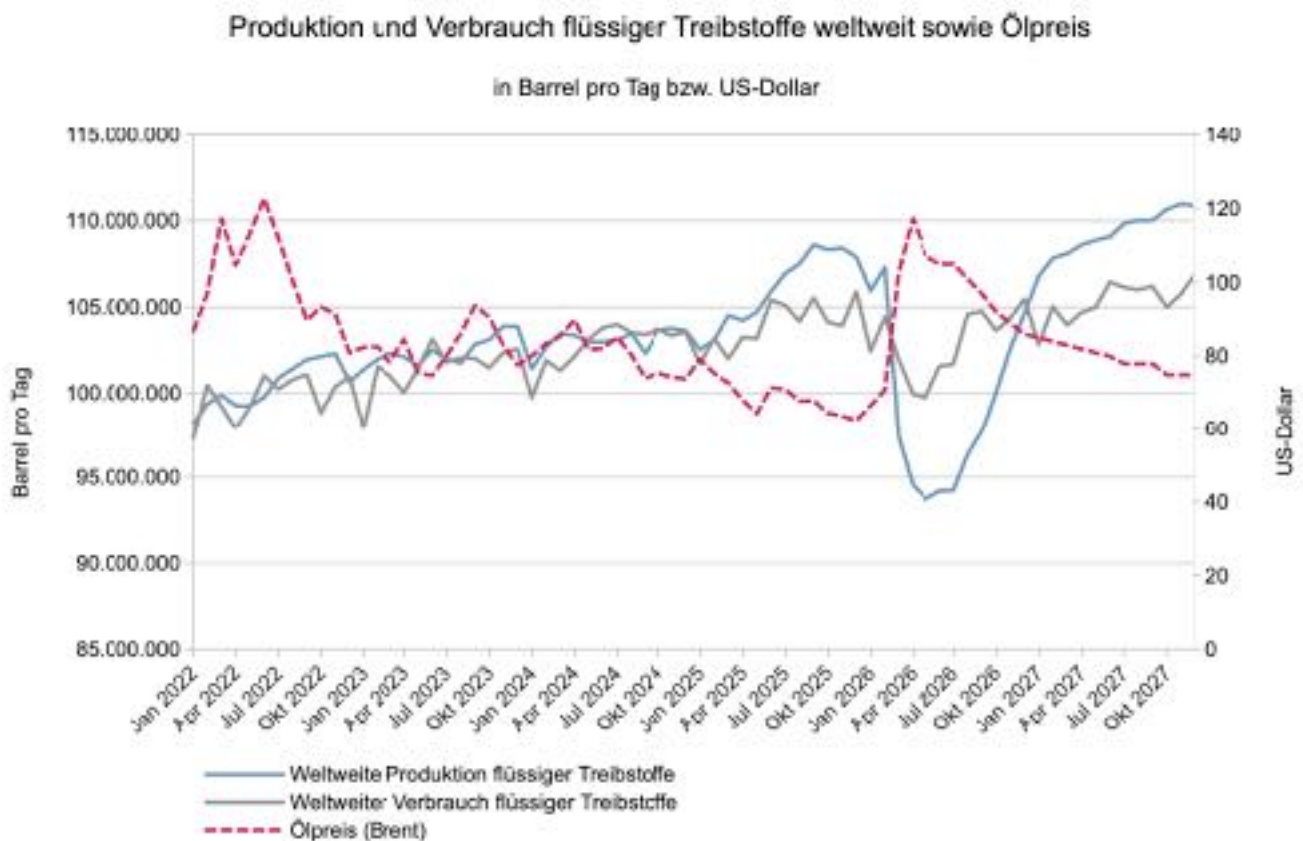


Abbildung 1: Produktion und Verbrauch flüssiger Treibstoffe weltweit sowie Ölpreis in Barrel pro Tag bzw. US-Dollar (ab Juni 2026 Prognosedaten), Datenquelle: [U.S. Energy Information Administration](https://www.eia.gov/) (abgerufen am 9. Juni 2026)

In ihrem [Monatsbericht vom Juni](#) erläutert die US-Behörde, dass ihre Prognosen auf der Annahme beruhen, dass die Öltransporte im dritten Quartal 2026 wieder aufgenommen werden, dass es jedoch wahrscheinlich mehrere Monate dauern wird, bis das Verkehrsaufkommen wieder das Vorkriegsniveau erreicht. Dies sei aus Sicht der EIA erst Anfang 2027 der Fall.

Aus den Daten der US-Behörde, die bis einschließlich Mai 2026 auf gemessenen Werten beruhen, lassen sich noch weitere Erkenntnisse gewinnen. Erstens beruht die Steigerung des

Ölpreises nach der Sperrung der Straße von Hormus – anders als zu Beginn des Krieges in der Ukraine Anfang 2022 – auf einer tatsächlichen Verknappung von Öl und anderen flüssigen Treibstoffen auf dem Weltmarkt. Der hohe Ölpreis 2022 ist hingegen auf Panikkäufe und Spekulation zurückzuführen, da sich lediglich die Absatzwege verändert haben. Russisches Öl floss vermehrt nach China und Indien statt nach Europa, während die EU-Länder vermehrt Fracking-Öl [aus den USA importierten](#).

Zweitens lässt sich erkennen, dass es nach dem Angriff der USA und Israels im Juni 2025, dem sogenannten „Zwölfstagekrieg“, zu einer auffälligen, im Verhältnis zum Verbrauch überproportionalen Ölproduktion gekommen ist. Schlussendlich ist drittens mit der Sperrung der Meerenge im Persischen Golf auch ein tatsächlicher Einbruch des weltweiten Verbrauchs zu verzeichnen. Diese beiden Phänomene werden in den nächsten beiden Abschnitten näher beleuchtet.

Überproduktionen in Saudi-Arabien und Brasilien gingen an China

Anhand der Daten der EIA lässt sich ermitteln, das insbesondere Saudi-Arabien, die USA und Brasilien ihre Ölproduktion zwischen Juli 2025 und Februar 2026 deutlich gesteigert haben.



Abbildung 2: Abweichung der Ölproduktion im Zeitraum Juli 2025 bis Februar 2026 im Vergleich zum Zeitraum Juli 2024 bis Februar 2025 in Barrel pro Tag (ausgewählte Länder), Datenquelle: [U.S. Energy Information Administration](#) (abgerufen am 9. Juni 2026)

Während der Anstieg der Ölförderung in den USA und Brasilien mit einem jahrelangen Trend der Erhöhung der jeweils nationalen Ölproduktion einhergeht, steht die Anhebung der saudischen Produktion [eindeutig in Zusammenhang](#) mit einem erwarteten weiteren militärischen Konflikt in der Golfregion, wie er Ende Februar 2026 tatsächlich eingetreten ist.

Hauptabnehmer von saudischem Öl ist mit Abstand China. [Ein Viertel der Erdölexporte](#) aus Saudi-Arabien geht in das wirtschaftlich und militärisch aufstrebende ostasiatische Land.

Weitere wichtige Empfänger sind Südkorea, Japan und Indien. [Daten der chinesischen Zollbehörde](#) zeigen, dass China im Zeitraum Juli 2025 bis Februar 2026 knapp 30 Millionen Barrel Erdöl aus Saudi-Arabien sowie knapp 100 Millionen Barrel aus Brasilien mehr importiert

hat als im Zeitraum Juli 2024 bis Februar 2025. Damit hat China einen Großteil der brasilianischen Überproduktion sowie einen Teil der saudischen Überproduktion abgegriffen und damit höchstwahrscheinlich seine strategischen Ölvorräte aufgestockt. Diese sind nach [Angaben der EIA](#) von 1.397 Millionen Barrel im vierten Quartal 2025 um 144 Millionen Barrel auf 1.541 Millionen Barrel im ersten Quartal 2026 angestiegen.

Versorgungsengpässe hauptsächlich in Asien

Der Einbruch des weltweiten Verbrauchs flüssiger Treibstoffe im Kontext der Sperrung der Straße von Hormus, wie er in Abbildung 1 zu erkennen ist, lässt sich mithilfe der Daten der EIA grob geografisch verorten.

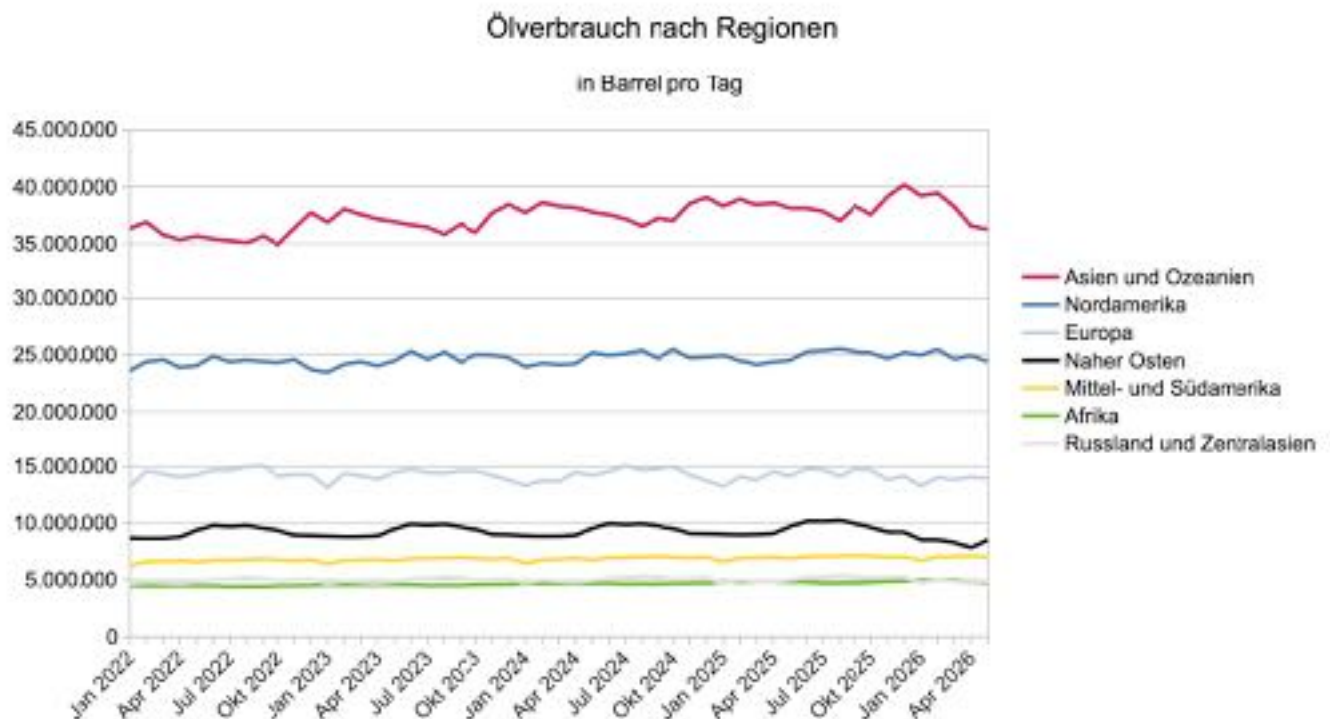


Abbildung 3: Ölverbrauch nach Regionen in Barrel pro Tag, Datenquelle: [U.S. Energy Information Administration](#) (abgerufen am 9. Juni 2026)

Während in Nordamerika, Europa, Mittel- und Südamerika, Russland und Zentralasien sowie selbst in Afrika kein Einbruch bei den Verbrauchsdaten zu erkennen ist, lässt sich ein eindeutiger Rückgang in den Regionen Asien und Ozeanien sowie Naher Osten verzeichnen. Der Rückgang im Nahen Osten ist vermutlich auf die Kriegshandlungen der USA, Israels und des Iran sowie die Drosselung der Ölproduktion der Golfstaaten zurückzuführen. Denn die Förderung von Öl und insbesondere die Raffination sind sehr energieaufwendig – bis zu 25 Prozent des Energieinhalts von Endprodukten wie Benzin, Diesel und anderen Erdölprodukten. Auch eine eingeschränkte Wirtschaft aufgrund der Kriegshandlungen kann ein Grund für den zurückgegangenen Verbrauch sein.

Der Rückgang in Asien und Ozeanien steht hingegen eindeutig in Zusammenhang mit der Abhängigkeit dieser Region von Öllieferungen aus den Golfstaaten. Myanmar, die Philippinen, Pakistan und Sri Lanka haben sogar Rationierungen und [Maßnahmen für einen geringeren Verbrauch verhängt](#). Südkorea, Thailand und Vietnam haben Energiesparkkampagnen eingeführt. China hat Exporte eigenen Öls beschränkt und Teile seiner Ölvorräte freigegeben. Auch Japan konnte von seinen Ölreserven zehren und hat den Import von Öl aus den USA

erhöht. Australien und Neuseeland hatten hingegen nicht mit Treibstoffknappheiten zu kämpfen.

In der Hauptstadt Indonesiens kam es im Juni zu [Protesten](#) gegen die hohen Energie- und Nahrungsmittelpreise. Hohe Treibstoffpreise waren auch der [Auslöser für Ausschreitungen](#) in Kenia, Mosambik und auf den Komoren im Mai – [zum Teil](#) mit [Todesopfern](#). In Irland waren bereits im April [landesweite Proteste](#) gegen hohe Spritpreise zu verzeichnen gewesen.

Bevorstehende Midterm-Wahlen in den USA wahrscheinlich Auslöser für das Einlenken Trumps

Es werden aber kaum die sozialen Spannungen und die wirtschaftlichen Einbußen in den von Treibstoffmangel und hohen Preisen geplagten asiatischen, afrikanischen oder europäischen Ländern gewesen sein, die Trump zu einem Einlenken bei den Verhandlungen um ein Friedensabkommen mit dem Iran bewogen haben. Das hat seine bisherige [rücksichtslose Zollpolitik](#) deutlich gezeigt. Ausschlaggebend dürften eher seine Umfragewerte in den USA angesichts der bevorstehenden [Midterm-Wahlen](#) Anfang November sein.

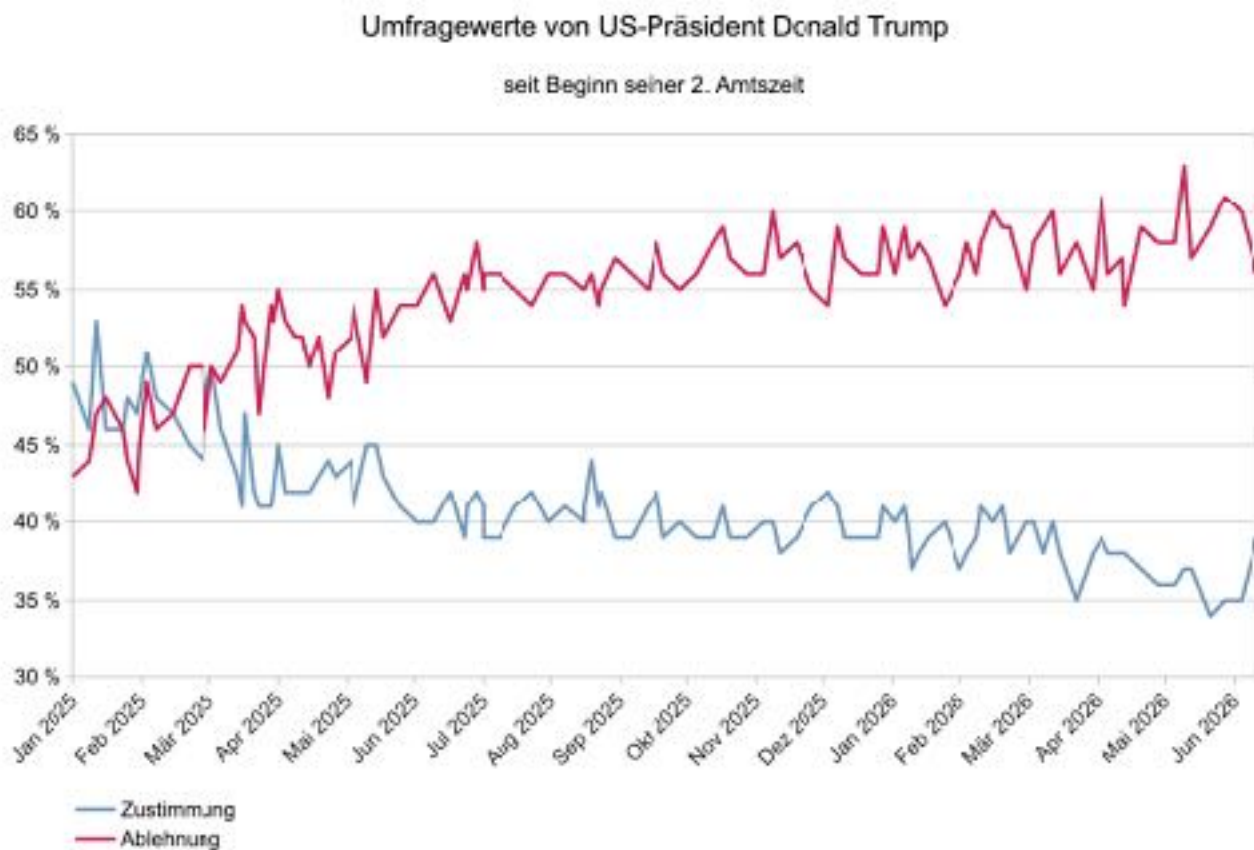


Abbildung 4: Umfragewerte von US-Präsident Donald Trump seit Beginn seiner zweiten Amtszeit, Datenquelle: [Silver Bulletin \(Werte von YouGov\)](#)

Trumps Zustimmungswerte sind seit Beginn seiner zweiten Amtszeit mit leichten Schwankungen kontinuierlich gefallen und lagen gemäß der Werte des Meinungsforschungsinstituts YouGov Anfang Juni nur noch bei 35 Prozent. Nach der Verkündung einer Einigung mit dem Iran kletterte der Wert am 15. Juni wieder auf 39 Prozent. Einen ausschlaggebenden Einfluss auf die Umfragewerte seit Beginn des erneuten Angriffs auf den Iran dürften insbesondere die extrem gestiegenen Treibstoffpreise in den USA gehabt haben. Lagen die Preise für Benzin Ende Februar im Schnitt bei 2,80 US-Dollar je Gallone (circa 0,64 Euro pro Liter), stiegen sie im Mai auf knapp 4,40 US-Dollar je Gallone (circa 1,00

Euro pro Liter). Am 15. Juni lagen die Preise im Schnitt wieder bei 3,90 US-Dollar je Gallone (circa 0,89 Euro pro Liter). Grundlage der Berechnung sind die [Werte der Federal Reserve Bank of St. Louis](#).

Die Vereinigten Staaten sind zwar derzeit der größte Ölproduzent der Welt und exportieren mehr Öl als sie importieren. Insofern hat Donald Trump mit seiner Aussage „[Wir haben reichlich davon](#)“ prinzipiell recht. Doch aufgrund des globalisierten Ölmarkts verkauft auch die US-Ölindustrie ihre Produkte an den weltweit Meistbietenden, sodass die Spritpreise an den Tankstellen in den USA – ebenso wie in fast allen Ländern der Welt – stark abhängig von den international gehandelten Ölpreisen sind.

Theoretisch könnte die US-Regierung kurzfristig auf Grundlage eines Notstandsgesetzes eine Einschränkung des Exports von Erdöl und dessen Produkten verhängen, um somit die Energiepreise im eigenen Land von den Schwankungen auf dem globalen Ölmarkt zu entkoppeln. Dauerhaft ist dies jedoch nur mit Zustimmung des US-Kongresses, der sich aus den zwei Kammern Repräsentantenhaus und Senat zusammensetzt, möglich.

Zudem würde sich Trump mit einer derartigen Maßnahme gegen die Interessen der US-Ölindustrie wenden, die dadurch von Umsatzeinbußen betroffen wäre. Die US-Ölindustrie ist jedoch traditionell eng mit republikanischen Positionen verbunden und übt mit Spenden und Lobbyarbeit einen relevanten Einfluss auf US-Wahlkämpfe aus. Insofern dürfte das aktuell vorrangige Ziel des Republikaners Trump ein gutes Ergebnis seiner Partei bei den anstehenden Midterm-Wahlen sein, in denen die sich die Sitzverteilung im Repräsentantenhaus und im Senat signifikant verändern könnte.

Aktuell verfügt die Republikanische Partei sowohl im Repräsentantenhaus mit 219 zu 216 (davon vier Unabhängige) als auch im Senat mit 53 zu 47 Sitzen über eine knappe Mehrheit. [Aktuelle Prognosen](#) zeigen jedoch, dass sich das Sitzverhältnis im Repräsentantenhaus nach den Midterm-Wahlen zugunsten der Demokraten wenden könnte. [Auch im Senat](#) könnten die Demokraten eine knappe Mehrheit erlangen. Sollte dies eintreten, muss die derzeitige US-Regierung mit großen Schwierigkeiten bei der Umsetzung eigener Gesetzesvorhaben sowie bei der Haushaltsplanung rechnen.

Der Erfolg eines weiteren Amtsenthebungsverfahrens (Impeachment) gegen Trump bleibt jedoch weiterhin äußerst unwahrscheinlich. Zwar benötigt es zur Einleitung eines solchen Verfahrens nur eine einfache Mehrheit im Repräsentantenhaus. Für eine Absetzung bedarf es jedoch einer Zweidrittelmehrheit im Senat. Dazu müssten jedoch angesichts der Prognosen auch viele republikanische Senatoren stimmen, was als praktisch kaum erreichbar angesehen wird.

Was ist die weitere geopolitische Strategie der USA?

Es dürfte kaum ein Zweifel bestehen, dass Trump davon ausgegangen ist, mit der Unterstützung Israels und einem Enthauptungsschlag innerhalb weniger Tage einen Regimewechsel im Iran herbeizuführen. Ähnlich, wie ihm dies in Venezuela gelungen ist, hat er offenbar gehofft, damit zukünftig die Ölexporte des Landes kontrollieren und damit Einfluss auf das auf Ölimporte aus dem persischen Golf angewiesene China auszuüben. Dieser Plan ist nicht aufgegangen. Die iranische Führung ist hingegen [nach Ansicht US-amerikanischer Nahost-Experten](#) gestärkt aus dem Konflikt hervorgegangen und erhebt nun den Anspruch, die Machtverhältnisse in der Region mitzugestalten.

Die von der US-Regierung angeordnete Blockade der Straße von Hormus als Reaktion auf die Sperrung der Meerenge durch den Iran sollte iranische Ölexporte verhindern und die iranische Regierung zu Zugeständnissen bei den Verhandlungen zwingen. Auch das hat offensichtlich

nicht funktioniert. Die Zugeständnisse der USA bei dem Abkommen mit dem Iran zeigen deutlich, dass Trump eine Weiterführung des Konflikts unbedingt verhindern wollte. Zumindest bis zu den Midterm-Wahlen darf die Welt hoffen, dass die US-Regierung keinen weiteren militärischen Konflikt anzetteln und alles unternehmen wird, dass eine Waffenruhe im Nahen Osten nicht von der israelischen Führung sabotiert wird. Doch was kommt danach?

Trumps Umfragewerte zeigen, dass er sich selbst um die Ansichten seiner eigenen Wählerbasis nicht viel schert, solange keine Wahlen anstehen. Sollte seine Partei die Mehrheiten in den beiden Kammern des US-Kongresses nach den Midterm-Wahlen nicht verlieren, kann man also davon ausgehen, dass die US-Regierung auch danach ihre geopolitischen Interessen weiterhin mit militärischer und wirtschaftlicher Gewalt umsetzen wird. Selbst bei einem Sieg der Demokraten ist kaum mit einer Änderung der generellen US-Strategie zu rechnen.

Geht man davon aus, dass der Hintergrund US-amerikanischer Außenpolitik seit spätestens dem Zweiten Weltkrieg die Wahrung und der Ausbau der Vormachtstellung in der Welt ist, dann wird sich der Fokus der Vereinigten Staaten auch in Zukunft auf Konkurrenten um diese Position richten – insbesondere auf China. Während die USA aufgrund der Fracking-Technologie nicht nur wieder unabhängig von Energieimporten geworden sind, sondern ihre Alliierten mit eigenem Öl und Gas beliefern können, ist der größte Schwachpunkt Chinas und eines Großteils der asiatischen Staaten die Abhängigkeit von Energieimporten.

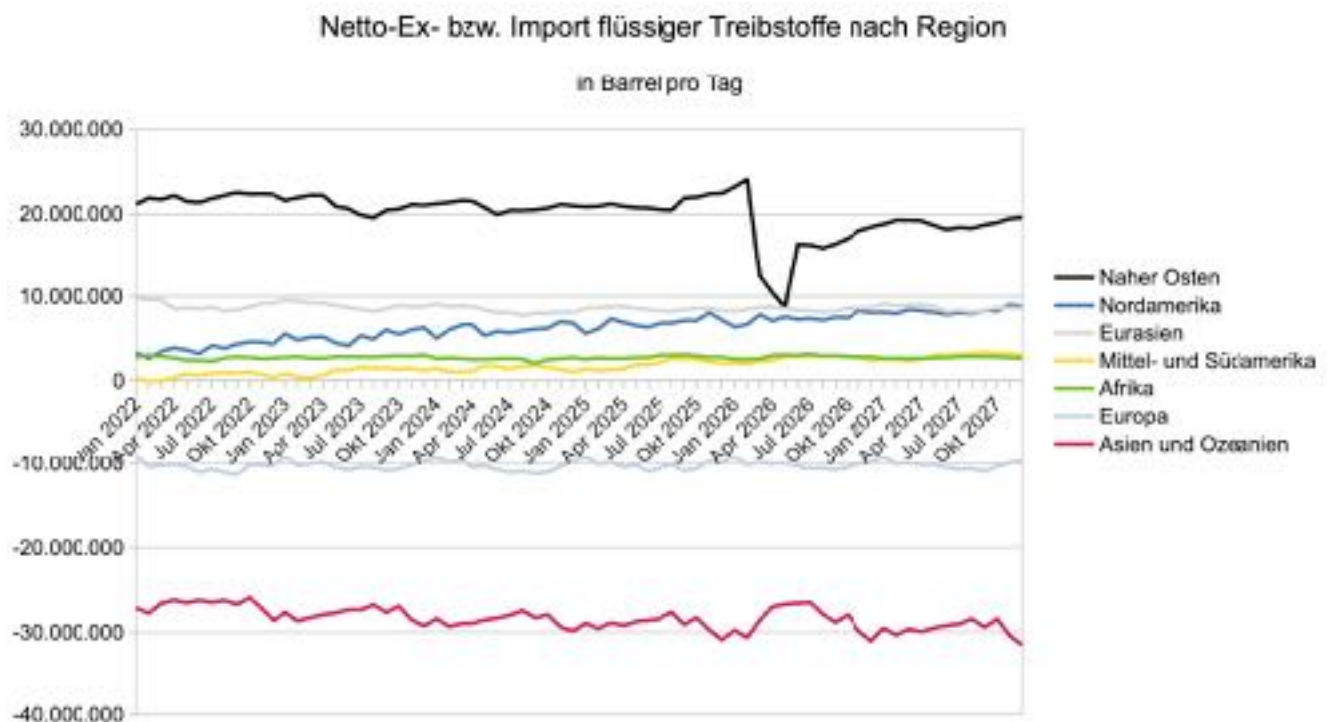


Abbildung 5: Netto-Export bzw. Import flüssiger Treibstoffe nach Regionen in Barrel pro Tag (ab Juni 2026 Prognosedaten), Datenquelle: [U.S. Energy Information Administration](https://www.eia.gov/) (abgerufen am 9. Juni 2026)

Diese Abhängigkeit, insbesondere Chinas, wird sich in den nächsten Jahren noch vergrößern. Was liegt da näher als der Versuch, die Zufuhr dieser Energie zu kontrollieren, um Einfluss auf die politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen in diesem Land zu nehmen oder ihm Zugeständnisse abzurufen?

Andere mögliche Konfliktherde und neue Eskalation im Nahen Osten

Was im Iran nicht funktioniert hat, könnte bei anderen Zulieferern Chinas durchaus zum Erfolg führen. Wie bereits weiter oben erwähnt, baut Brasilien derzeit seine Ölproduktion aus und liefert vermehrt an China. Die Netto-Ausfuhren und deren Steigerung aus der Region Mittel- und Südamerika in Abbildung 5 sind fast ausschließlich auf Brasilien zurückzuführen.

Im Oktober sind in dem größten südamerikanischen Land Präsidentschaftswahlen. Der derzeitige Amtsinhaber Luiz Inácio Lula da Silva von der Arbeiterpartei, in dessen erste Amtszeit die Gründung des BRICS-Bündnisses fällt, kandidiert erneut für diesen Posten und liegt [in den Umfragen](#) leicht vor seinem größten Herausforderer Flávio Bolsonaro, dem Sohn des wegen eines Putschversuches zu 27 Jahren Haft verurteilten ehemaligen Präsidenten Jair Bolsonaro. Die Familie Bolsonaro [ist mit Trump verbündet](#), und es gibt deutliche Anzeichen, dass der US-Präsident versucht, Einfluss auf den brasilianischen Wahlkampf zugunsten der Opposition zu nehmen. Auch Militärinterventionen nach einem Wahlsieg Lulas liegen im Bereich der Möglichkeiten. Mit der Neuauflage der Monroe-Doktrin hat Trump die ideologische Grundlage dafür bereits gelegt.

Es ist zudem durchaus denkbar, dass der Konflikt im Nahen Osten spätestens nach den Midterm-Wahlen in den USA wieder eskaliert. Mögliche Auslöser dafür gibt es zuhauf, und eine erneute Blockade der Straße von Hormus hat für die geopolitischen Ziele der US-Regierung – bis auf die Tatsache, dass die eigene Bevölkerung unter den hohen Energiekosten leidet – mehr Vor- als Nachteile. Neben Japan haben auch andere Verbündete der USA in der Pazifikregion während der aktuell noch andauernden Sperrung ihren Öl- und Treibstoffimport aus den Vereinigten Staaten erhöht. Dazu zählen [Südkorea](#), [Taiwan](#) und [Australien](#). Diese Verschiebung ist von größtem Interesse der Vereinigten Staaten, die neue Absatzmärkte für ihre gesteigerte Ölproduktion benötigen.

Ein weiterer Vorteil liegt darin, dass eine längere Blockade der Meerenge im Persischen Golf auch China und seine lokalen Verbündeten in Asien in Bedrängnis bringen könnte. Neue Pipelines zur Umgehung der Straße von Hormus, [deren Bau](#) durch die aktuelle Krise beschleunigt wurde, könnten die Entscheidungsschwelle für einen erneuten US-amerikanischen und israelischen Angriff auf den Iran, einem weiteren wichtigen Zulieferland Chinas, verringern. Schlussendlich nutzt ein hoher Ölpreis der US-Ölindustrie, um die Erschließung neuer Vorkommen und die Entwicklung neuer Fördertechniken zu finanzieren. Der Kampf um die Vormachtstellung in der Welt mit allen Mitteln dürfte somit erst am Anfang stehen.

[Außen- und Sicherheitspolitik Audio-Podcast Gestaltete PDF Militäreinsätze/Kriege Ressourcen](#)

Neu: unterstützen leicht gemacht

Unabhängiger Journalismus braucht unabhängige Finanzierung

Die NachDenkSeiten sind für eine kritische Meinungsbildung wichtig, das sagen uns sehr, sehr viele – aber sie kosten auch Geld. Deshalb bitten wir Sie, liebe Leser, um Ihre Unterstützung. Herzlichen Dank!

[Jetzt unterstützen](#)